



75 JAHRE JUNGE WELT
ZEITUNG FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
75 AUSGABEN* FÜR 75 EURO
* ENDET AUTOMATISCH.
JUNGEWELT.DE/75

Bestellcoupon auf Seite 16

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 15./16. JANUAR 2022, NR. 12 · 2,30 EURO (DE), 2,50 EURO (AT), 2,90 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Bröckelnde Brücken

Autobahn-GmbH des Bundes warnt
5 in internem Bericht vor einsturzgefährdeter Infrastruktur

Raub von Rohstoffen

Scheidende Regierung in Chile vergibt
7 kurz vor Machtwechsel Lithiumlizenzen an Konzerne

Scholz und Stasi-Hysterie

Bild berichtete über Besuch von Ex-Juso-Chef in DDR. Ein Gespräch mit Egon Krenz
8

Persönliche Perspektive

Vor 100 Jahren wurde der Schriftsteller Franz Fühmann geboren.
Von Kai Köhler
12

Wohnen bleibt Luxus

Immer weniger Sozialwohnungen: Verbände fordern Milliarden von der Ampelregierung. Lob für inszenierten »Aufbruch«.

Von Jan Greve

Ein »Aufbruch in der Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik« hat die Ampelkoalition angekündigt – und das »Verbändebündnis soziales Wohnen« möchte die Hoffnung darauf nicht aufgeben. So lautet die Kurzfassung dessen, was am Freitag in Berlin vorgestellt wurde. Die Verbände traten mit einer zweigeteilten Botschaft an die Öffentlichkeit: Vorschusslorbeeren für die Bundesregierung einerseits, Pochen auf eine »Wende auf dem Wohnungsmarkt« andererseits.

Mindestens sechs Milliarden Euro jährlich müsse die Ampel an Fördergeld bereitstellen, »allein für das soziale und bezahlbare Wohnen«, hieß es vom Bündnis, zu dem unter anderem der Deutsche Mieterbund (DMB), die IG BAU und die Caritas gehören. Teuer werde das Bauen unter anderem durch das Einhalten von notwendigen Klimaschutzauflagen und durch hohe Preise für Bauland. Auf jW-Nachfrage verwies DMB-Referent Franz Michel am Freitag darauf, dass beispielsweise die Baulandpreise in Berlin seit 2010 um »abermäßig« 450 Prozent gestiegen seien.

Mit den sechs Milliarden Euro solle laut Bündnis sichergestellt werden, dass die von der Ampel angekündigten 100.000 öffentlich geförderten Wohnungen pro Jahr auch wirklich gebaut werden. Insgesamt sollen jährlich



Bauen, bauen, bauen: Auch die Ampel kennt angesichts der Wohnungsnot nur eine Lösung

400.000 Wohnungen dazukommen. Zusätzlich brauche es den Verbänden zufolge weitere »60.000 bezahlbare Wohnungen mit einer Kaltmiete von 8,50 Euro pro Quadratmeter« – die man sich wohlgerne auch erst einmal leisten können muss.

Ende Dezember hatte Bauministerin Klara Geywitz (SPD) stolz verkündet, dass die Bundesländer für das Haushaltsjahr 2022 eine Milliarde Euro für den sozialen Wohnungsbau bekommen werden. Diese angesichts der akuten Wohnungsnot vieler Menschen kläglich Summe sei ein »gutes Signal für die Mieterinnen und Mieter, die sich keine teuren Wohnungen leisten können«, behauptete sie damals gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe, um zugleich eine weitere »Klimamilliarde« für die energetische Sanierung

von Sozialwohnungen anzukündigen.

Der Trend der weiter sinkenden Zahl von Sozialwohnungen wird durch solche Summen kaum umgekehrt werden. Von einer »bitteren 1:10-Chance« sprach IG-BAU-Chef Robert Feiger am Freitag. Damit spielte er darauf an, dass mehr als elf Millionen Mieterhaushalte in der BRD Anspruch auf eine Sozialwohnung haben – aber nur für jeden zehnten Haushalt eine solche zur Verfügung steht.

Mit ihrem Papier suchten die Verbände zugleich den Schulterchluss mit der Ampelregierung, die »einen sozialen Bauplan für Deutschland« vorgelegt haben. Sie verstiegen sich in der Formulierung, eine »soziale Ampelwende auf dem Wohnungsmarkt« könne gelingen. Allerdings gerät dabei aus dem Blick, dass die angekündigten

100.000 öffentlich geförderten Wohnungen keineswegs alle »Sozialwohnungen« sein werden, wie behauptet. Eine »Mogelpackung« nannte das Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Die Linke, am Freitag gegenüber jW. »Gefördert werden zum Beispiel auch Eigenheime«, so Lay, die zugleich betonte, dass es keinerlei Vorgaben für die übrigen 300.000 Wohnungen gebe. Zudem sprach sich die Linke-Politikerin für einen »besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter im Bestand« aus. Denn: »Bauen allein ist kein Programm.« Und auch DMB-Referent Michel forderte gegenüber dieser Zeitung, Mieten in bestehenden Mietverhältnissen »bundesweit und flächendeckend« für sechs Jahre einzufrieren. Nur steht dafür die Ampel auf rot.

Polen: Datenleck zu Militärausrüstung



Warschau. Das polnische Verteidigungsministerium hat ein riesiges Datenleck vermeldet, durch das Informationen über die komplette Ausrüstung der Armee an die Öffentlichkeit gelangt ist. Das stelle aber »keine Gefahr für die nationale Sicherheit oder für das Funktionieren der polnischen Streitkräfte dar«, erklärte das Ministerium am Freitag. Zuvor hatte Onet.pl berichtet, dass die Datenbank mit 1,7 Millionen Einträgen im Internet zugänglich sei. Die Militärpolizei ermittelte gegen einen Beamten, der die Datei ohne Befugnis auf einen nichtautorisierten Server geladen habe, erklärte das Ministerium. Laut Onet listen die Einträge in der Datenbank den Bedarf jeder einzelnen Armeeeinheit auf, ein Teil betreffe auch den Kauf von Waffen und Maschinen aus anderen Ländern. Der Website zufolge wurden die Daten bereits von Nutzern in mehr als einem Dutzend Ländern heruntergeladen. (AFP/jW)

Streik bei Heineken in Niederlanden

Den Haag. Beim zweitgrößten Brauereikonzern der Welt sind erstmals seit Jahrzehnten Beschäftigte in den Streik getreten. In zwei Brauereien von Heineken in den niederländischen Städten Den Bosch und Zoutwoude gingen am Freitag insgesamt 250 Arbeiterinnen und Arbeiter für einen Tag in den Ausstand, wie niederländische Medien berichteten. Bei den Verhandlungen über höhere Löhne hatte es zuvor keine Einigung gegeben. Laut Bloomberg fordert die Gewerkschaft mehr als 1,5 Prozent mehr Lohn in diesem und mehr als zwei Prozent im nächsten Jahr. Der Sprecher des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV, Niels Suijker, sagte der Nachrichtenagentur AFP, das Angebot der Brauerei habe unter der Inflationsrate gelegen. Die Teuerung in den Niederlanden erreichte im Dezember 5,7 Prozent. Zuletzt war in dem Unternehmen in den Niederlanden 1994 gestreikt worden. Damals hatten Beschäftigte tagelang die Fabriktore besetzt. (AFP/jW)

Rassistische Praxis

UN-Sonderberichterstatter kritisieren geplante britische Abschottungsverordnung

Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen haben ein geplantes britisches Gesetz zur weiteren Abschottung gegen Geflüchtete kritisiert. Großbritannien verstoße mit der »Nationality and Borders Bill« gegen internationales Recht, schrieben mehrere Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrats in einer am Freitag veröffentlichten Stellungnahme. »Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es den Schutz der Menschenrechte von Betroffenen, einschließlich Kindern, ernsthaft untergraben«, hieß es darin. Das Risiko

der Ausbeutung sowie weitere schwere Menschenrechtsverletzungen wären die Folge.

Das Gesetz der konservativen britischen Regierung sieht vor, dass künftig Menschen, die »illegal« ins Land eingereist sind, strafrechtlich härter verfolgt werden können und bei der Beurteilung eines Asylantrags schlechter gestellt werden als »legal« Eingereiste. Geflüchtete, die Großbritannien per Boot über den Ärmelkanal erreichen wollen, sollen aus britischen Gewässern auf brutale Weise zurückgedrängt werden dürfen, berichtete dpa.

Laut UN-Experten käme Großbritannien damit nicht länger den Verpflichtungen der internationalen Menschenrechte sowie des Flüchtlingsrechts nach. Im Gegenteil würde Londons flüchtlingsfeindliche Politik schutzbedürftige Menschen in gefährliche Situationen drängen. »Wir sind besorgt, dass der Gesetzentwurf die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Menschen willkürlich die Staatsbürgerschaft vorenthalten wird«, hieß es zudem in der Erklärung. Eine solche rassistische Praxis würde das Risiko der Staatenlosigkeit erhöhen.

Bereits im November hatten die Experten ein Schreiben an die britische Regierung gesandt, in dem sie eine Reihe von Bedenken gegen den Gesetzentwurf äußerten. Statt legale Wege zu ermöglichen, setzt London jedoch weiter auf drastische Maßnahmen, um sich gegen die steigende Zahl an Geflüchteten abzuschotten. Wie dpa am 4. Januar meldete, war die Zahl der Menschen, die per Boot den Ärmelkanal überquerten, im vergangenen Jahr mit 28.300 mehr als dreimal so hoch wie im Jahr zuvor, als es 8.000 Menschen gewesen waren. Emre Şahin

jW wird herausgegeben von 2.602 Genossinnen und Genossen (Stand 29.12.2021)
www.jungewelt.de/lpg

